

KULTUR

Kulturverbände appellieren in Coronakrise an Politik

Am Freitag haben sich verschiedene Kulturverbände in der Coronakrise Hilfe suchend an die Politik gewandt. So präsentierte die IG Kultur als Vertretung der freien Kulturarbeit die Zahlen einer Erhebung unter 386 Einrichtungen. Allein hier belaufe sich der Schaden bis zum derzeit genannten Ende der Maßnahmen am 13. April auf mindestens 4,5 Mio. Euro.

Betroffen von der virenbedingten Streichung seien mehr als 4.000 Veranstaltungen im ganzen Land. Sollte das Verbot bis Ende Juli gelten, summiere sich die Zahl der ausgefallenen Events gar auf 10.800. Der befürchtete Schaden bis Ende Juli liege dann bei insgesamt 10,7 Mio. Euro.

Durch die Situation kämen viele Institutionen in finanzielle Kalamitäten. "Bereits jetzt geben 10 Prozent der befragten Kulturvereine an, nicht mehr zahlungsfähig zu sein", so die IG Kultur. Und ein Drittel fürchte, noch im Laufe des April in Zahlungsschwierigkeiten zu kommen. Gefragt seien nun die konkreten Richtlinien und Möglichkeiten zur Einreichung beim Härtefallfonds für die Non-Profit-Kulturvereine.

Gemeinsam appellierten am Freitag auch die Verbände der Film- und Musikwirtschaft an die Politik. So präsentierte man einen detaillierten Maßnahmenkatalog, um die Verluste und Auswirkungen auf die Betroffenen in Grenzen zu halten. So schätzt das Österreichische Filminstitut den finanziellen Schaden in der Kinofilmwirtschaft pro Monat Stillstand auf 1,7 Mio. Euro. Der RTR Fernsehfonds indes geht angesichts gestoppter TV-Drehs von einem Bedarf von 5 Mio. Euro zusätzlich aus.

"Die Kosten der Bewältigung der Coronakrise müssen aus zusätzlichen Budgets kommen und dürfen nicht auf Kosten der bestehenden Budgets und damit neuer Projekte gehen", so die Conclusio der Verbände in einem offenen Brief. So solle etwa dem ORF als Auftraggeber der Branche für heuer ein zusätzliches Budget zur Verfügung gestellt werden und der Sender vermehrt österreichisches Programm spielen.

Wichtig sei bei den allgemeinen Hilfsmaßnahmen, die besondere Gestalt der Kulturbranche mitzubedenken. Angesichts unterbrochener Beschäftigungen müsse etwa die Anspruchsberechtigung beim AMS flexibilisiert werden. Kurzarbeit solle auch für befristete Beschäftigungsverhältnisse ab Tag 1 gelten. Gewinne aus den Vorjahren sollten mit den Verlusten aus dem Coronajahr gegenverrechnet werden können. Und die Schadensbemessung dürfe sich nicht an monatlichen Umsätzen bemessen.

Quelle: APA

NEWSLETTER

MEHR KULTUR. MEHR WISSEN. AUS SALZBURG.

Praktisch. Einfach. Informativ. Abonnieren Sie jetzt kostenlos den Kultur-Newsletter der „Salzburger Nachrichten“.

 Ich habe die AGB und die Datenschutzbestimmungen gelesen und akzeptiert.***Jetzt anmelden**

Eine Abbestellung ist jederzeit möglich, weitere Informationen dazu finden Sie hier.

Aufgerufen am 14.04.2020 um 12:01 auf <https://www.sn.at/kultur/allgemein/kulturverbaende-appellieren-in-coronakrise-an-politik-85772704>

